

Hausaufgaben für die Regierung

Zusätzlich zur Kritik von rechts fordert nun auch die Lehrgewerkschaft Nachbesserungen.

Jonas Hoskyn

«Ich befürworte diese» meinte der frühere Bildungsdirektor Christoph Eymann in seinem Abschiedsinterview mit Blick auf die integrative Schule, «aber ich bin mir nicht sicher, ob das Pendel nicht auch mal wieder in eine andere Richtung ausschlägt – dass wieder mehr separiert wird.» Fünf Jahre später scheint sich Eymanns Prognose zu bewahrheiten.

Vergangene Woche wurde eine Initiative lanciert, welche die Wiedereinführung von heilpädagogisch geführten Förderklassen fordert, früher als Kleinklassen bekannt. Diese wurden im Rahmen der integrativen Schule abgeschafft. Die Kleinklassen seien für die Kinder stigmatisierend und bei der Suche nach einer Lehrstelle oftmals eine kaum überwindbare Barriere. Stattdessen sollten Kinder, die Unterstützung brauchen, diese gezielt im Klassenverbund bekommen, indem heilpädagogisch ausgebildete Lehrpersonen die Klassenlehrerin oder den Klassenlehrer unterstützen.

Politischer Druck von beiden Seiten

Nach zehn Jahren ist die integrative Schule in der Realität angekommen. Immer deutlicher treten Probleme zu Tage, wenn es um den hehren Gedanken geht, möglichst allen Kindern einen normalen Bildungsweg zu ermöglichen. Bisher kam der Druck vor allem von der bildungskonservativen und politisch rechten Seite. Dort sorgt man sich um die Leistungsfähigkeit der guten Schüler, welche von den Integrationsschülern abgelenkt würden. Mittlerweile wird auch der Druck von links stärker – also von dort, wo das Ideal einer Gesamtschule hoch-

Null Einführungsklassen: SVP fordert Antworten

Einen ersten Schritt weg vom Ideal der integrativen Schule machte das Basler Parlament bereits vor zwei Jahren mit der Rückkehr zu den Einführungsklassen. In diesen haben Kinder mit Entwicklungsverzögerungen zwei Jahre Zeit für den Stoff der ersten Primarklasse. Während in Riehen im laufenden Schuljahr zwei Einführungsklassen gebildet wurden, gibt es in Basel bisher keine einzige. SVP-Grossrätin Jenny Schweizer will nun mit einer Interpellation wissen, warum das so ist und welche Möglichkeiten die Regierung sieht, dass dieses Angebot künftig auch in Basel genutzt wird. (hys)

gehalten wird. Mit einem deutlichen Unterschied: Während die einen das Rad der Zeit zurückdrehen wollen, streben die anderen Verbesserungen innerhalb des Systems an.

Die Forderung nach einer stärkeren Separation ist ein ständiger Begleiter der integrativen Schule. Bemerkenswert ist, dass die neue Initiative von der Freiwilligen Schulsynode kommt, also von der Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer. Das aktuelle «integrative Einheitsmodell» habe sich zu wenig bewährt, so die Initianten. «Es gibt dabei zu viele Verlierer.» Der Umstand, dass hinter den Forderungen dieses Mal die Lehrgewerkschaft steht, verleiht dem Anliegen einen anderen Stellenwert.

Das Umdenken zeigte sich vor eineinhalb Jahren auch im Basler Parlament. Während Forderungen, die eine Rückkehr zum alten System forderten, lan-



Der Ansatz, möglichst alle Kinder zu integrieren, stösst an Grenzen.

Symbolbild: Christian Beutler/Keystone

ge Zeit komplett chancenlos blieben, fand ein Vorstoss zur Wiedereinführung der Kleinklassen eine deutliche Mehrheit. Die wenigen Gegenstimmen stammten alle aus der LDP, der Partei, die seit über zwei Jahrzehnten in Basel den Bildungsdirektor stellt.

Gegenvorschlag wäre denkbarer Ausweg

Dieser wehrte sich denn in einem ersten Durchgang auch gegen die Forderung, die Kleinklassen wieder einzuführen. Einerseits gebe es das Angebot der sonderschulischen Spezial-

angebote, die laufend weiterentwickelt und ausgebaut werden. Diese würden im Wesentlichen den Kleinklassen in anderen Kantonen entsprechen. Kinder mit einer geistigen Behinderung seien in Integrationsklassen besser aufgehoben. Dazu kommt: Bei den Kleinklassen brauchte es früher jeweils das Einverständnis der Eltern, was die Situation oft erschwerte.

Mit Blick auf die neue Initiative und die hängige Forderung aus dem Kantonsparlament muss die Basler Regierung nun aber über die Bücher. Denn, wenn die Initiative an die Urne

kommt, dürfte sie gute Chancen haben. Die Linke wird sich hüten, aktiv gegen überlastete Lehrerinnen und Lehrer zu politisieren und die Bürgerlichen befürworten die Forderung grossenteils. Der Vorteil: Aufgrund der vorgängigen Diskussion im Parlament sollte das Erziehungsdepartement bald Lösungsvorschläge auf den Tisch legen können. Eine Möglichkeit wäre, dass Bildungsdirektor Conradin Cramer einen Gegenvorschlag erarbeitet, der den Initianten soweit entgegen kommt, dass diese ihre Forderungen zurückziehen.